

**WB-WH-01** Wir machen den Welthandel fair

Gremium: Bundesvorstand  
Beschlussdatum: 08.03.2017  
Tagesordnungspunkt: WB.WB-WH Wir machen den Welthandel fair

- 1 Die Globalisierung ist durch drastische Widersprüche geprägt. Sie macht die  
2 Beziehungen und  
3 den Austausch zwischen Ländern enger. Nie war es so einfach, in ferne Länder zu  
4 reisen. Vom  
5 Aufstehen bis zum Schlafengehen umgeben uns Produkte, die es ohne weltweiten  
6 Handel nicht  
7 gäbe. Auch Wissenschaft und Kultur befruchten sich durch internationalen Austausch.  
8 Deutschland profitiert von offenen Märkten. Hunderte Millionen Menschen in Asien,  
9 Afrika und  
10 Südamerika konnten auch durch eine gesteuerte Integration in die Weltwirtschaft  
11 extreme  
12 Armut überwinden.
- 13 Doch die Globalisierung hat eben auch eine anarchische, ungerechte und brutale Seite.  
14 In  
15 vielen ärmeren wie reicheren Ländern werden Menschen in einer globalen  
16 Wertschöpfungskette  
17 ausgebeutet oder gegeneinander ausgespielt. Wohlstandsgewinne sind sehr ungleich  
18 und  
19 ungerecht verteilt – zwischen Staaten und innerhalb von Staaten. Die Zerstörung  
20 unserer  
21 natürlichen Lebensgrundlagen hat sich durch die Globalisierung beschleunigt. Und die  
22 entfesselten internationalen Finanzmärkte und große Konzerne haben einen zu großen  
23 Einfluss  
24 auf politisches Handeln gewonnen. Deswegen ist unser Ziel, die Globalisierung auch  
25 durch die  
26 Stärkung globaler Institutionen gerechter zu gestalten; zum Beispiel indem wir die  
27 internationalen Finanzströme besser regulieren (à Kapitel: Wir teilen den Wohlstand  
gerechter) und auch indem wir den internationalen Handel neu gestalten.
- 18 Hunderttausende Menschen in Deutschland und anderen Ländern Europas haben in den  
19 letzten  
20 Jahren gegen TTIP, TISA und CETA, gegen eine Fortsetzung der neoliberalen  
21 Globalisierung von  
22 oben demonstriert. Wir kämpfen an ihrer Seite.
- 23 Sowohl der nationalistische Weg, den Schattenseiten der Globalisierung mit  
24 Abschottung zu  
25 begegnen, als auch der neoliberale Weg, Globalisierung ohne Regulation zu forcieren,  
26 führt  
27 in den Abgrund. Wir stehen für einen anderen Weg – den Weg friedlicher und offener  
Kooperation. Gerechter globaler Handel kann dafür sorgen, dass die Vorteile der  
Globalisierung mehr Menschen zu Gute kommen.
- 26 Als exportorientierte Volkswirtschaft hat Deutschland eine besondere Verantwortung.  
27 Deutschland muss deshalb dazu beitragen, dass die Europäische Union als der größte

28 Binnenmarkt selbstbewusst eine führende Rolle bei der Regulierung des Welthandels  
29 einnimmt  
30 und zeigt, wie fairer Handel möglich ist. Den brauchen wir für eine sozial-ökologische  
31 Transformation.

### 31 **Gerechte Regeln für die Welt**

32 Um Handel fair zu gestalten, müssen Regeln von allen Ländern gemeinsam verhandelt  
33 werden,  
34 also multilateral. Das muss im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) geschehen.  
35 Denn  
36 sonst machen die mächtigen Länder die Spielregeln und die armen haben das  
37 Nachsehen. Damit  
38 das gelingt, muss die WTO grundlegend reformiert und unter dem Dach der Vereinten  
39 Nationen  
40 neu belebt werden.

41 Mit der Verabschiedung der globalen Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen und  
42 dem  
43 Abschluss des Pariser Klimaschutzabkommens hat die Weltgemeinschaft zentrale  
44 Zielmarken zur  
45 Bekämpfung von Hunger und Armut, zur Reduzierung von globaler Ungleichheit und für  
46 den  
47 Erhalt unsere ökologischen Lebensgrundlagen gesetzt. Die Industriestaaten können und  
48 müssen  
49 dabei im Sinne einer fairen Lastenteilung vorangehen.

50 Diese Zielmarken müssen auch für die Gestaltung des Welthandels und eine Reform der  
51 WTO  
52 gelten.

53 So sollen alle am Welthandel Teilnehmenden die Kernarbeitsnormen der Internationalen  
54 Arbeitsorganisation (ILO) einhalten. Vom Rohstoff bis zum fertigen Produkt muss Arbeit  
55 menschenwürdig sein und der weltweite Wettbewerb um die niedrigsten Löhne  
56 aufhören. Wir  
57 haben das Ziel, in Zukunft sowohl mit entwickelten wie auch sich entwickelnden  
58 Staaten eine  
59 neue Generation von fairen Handelsabkommen auszuhandeln. Durch ein Race to the  
60 Top von immer  
61 höheren globalen Standards werden wir gute Arbeit garantieren und lokale  
62 Wertschöpfung  
63 erhalten. Wir setzen damit in den fairen Handelsabkommen neben klassischen  
64 Handelsfragen  
65 auch soziale und ökologische Standards - also unter anderem Regeln zur Vermeidung  
66 von  
67 Steuerhinterziehung, für die Korruptionsbekämpfung, die Implementierung von  
68 internationalen  
69 Sozial-, Klima- und Umweltnormen sowie die freie Gewerkschaftsbildung. Alle sind  
70 gleichwertig einklagbar und sanktionierbar.

71 Die „Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer“ (G20) muss ebenfalls  
72 für eine  
73 faire Globalisierung eintreten. Auch wenn sie langfristig an die Vereinten Nationen

57 rückgebunden werden sollte, kann es doch hilfreich sein, wenn die wirtschaftlich  
58 starken  
59 Länder zusammenkommen, um über internationale Regeln zu beraten. Den Impulsen  
60 der G20 zur  
61 Trockenlegung von Steuersümpfen und zur Kontrolle internationaler Finanzmärkte  
62 müssen aber  
63 auch Taten folgen. Die nächste Bundesregierung muss nicht nur weiter ambitionierte  
64 Ziele im  
65 Rahmen der G20 vorantreiben, sondern auch verbindliche Umsetzungsmechanismen  
66 über die  
67 multilateralen Organisationen etablieren.

68 Jährlich sterben mehr Menschen an Hunger als an AIDS, Malaria und Tuberkulose  
69 zusammen  
70 genommen. Wir werden den Kampf gegen den Hunger in der Welt fortführen, indem wir  
71 gegen die  
72 exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln vorgehen und weiter auf eine dezentrale  
73 Landwirtschaft setzen.

### 64 **Neustart bei den derzeitigen Handelsabkommen**

65 TTIP, CETA, TiSA oder andere Abkommen dieser Art sind so umstritten, weil hier die  
66 Rechte  
67 der Bürgerinnen und Bürger zur Verhandlungsmasse wurden. Wir Grünen lehnen diese  
68 Abkommen in  
69 ihrer jetzigen Form ab. Einige wenige große, länderübergreifende Konzerne profitieren,  
70 kleine und mittlere Unternehmen haben das Nachsehen. Deshalb demonstrieren  
71 dagegen  
72 Kleinbauern und -bäuerinnen in Burkina Faso genauso wie der bäuerliche  
73 Familienbetrieb in  
74 Baden-Württemberg. Dabei sollten faire Handelsabkommen Umwelt-, Verbraucher- und  
75 Datenschutz  
76 sowie Arbeitsnormen nicht schwächen, sondern international sichern und ausbauen.  
77 Viele Kommunen fürchten, dass die öffentliche Daseinsvorsorge in Handelsabkommen  
78 nicht  
79 ausreichend geschützt wird. Hier geht es um Krankenhäuser, die Wasserversorgung  
80 oder um die  
81 kulturelle Vielfalt. Wenn Ausnahmen für öffentliche Dienstleistungen nicht klar definiert  
82 sind, garantieren sie keinen ausreichenden Schutz. Vor allem sind diese  
83 Dienstleistungen  
84 nicht vom Investitionsschutz ausgenommen – Klagen gegen die kommunale  
85 Daseinsvorsorge vor  
86 einem Schiedsgericht würden so möglich.  
87 Wir Grünen fordern, das Vorsorgeprinzip in allen Handelsverträgen zu verankern. Dieses  
88 Prinzip stellt sicher, dass Produkte bei uns erst auf den Markt dürfen, wenn klar ist, dass  
89 sie unbedenklich sind. Es sorgt dafür, dass in der EU zum Beispiel 1.300 Substanzen  
90 nicht  
91 für den Einsatz in Kosmetika zugelassen sind. Gentechnisch veränderte Lebensmittel,  
92 Asbest

85 oder Hormonfleisch sind verboten. Sogenannte Investor-Staat-Schiedsverfahren oder  
ein  
86 Investitionsgerichtssystem (ICS) sehen Klageprivilegien für Konzerne vor. Wir  
wollen  
87 nicht, dass demokratisch beschlossene Gesetze wie etwa der Atomausstieg oder Regeln  
für  
88 Aufdrucke auf Zigarettenpackungen dadurch unterlaufen werden. Für solche Verfahren  
gibt es  
89 keine Begründung. Sonderklagerechte für Investoren und große Konzerne lehnen wir  
entschieden  
90 ab. Wir setzen uns stattdessen für einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach  
der  
91 Vereinten Nationen ein, der auch auf soziale, menschenrechtliche, umwelt- und  
klimarelevante  
92 völkerrechtliche Verpflichtungen achtet.

### 93 **Fairer Handel bringt Chancen für ärmere Länder**

94 Fairer Handel kann eine nachhaltige Entwicklung in Gang setzen. Wenn wir  
Entwicklungsländern  
95 Raum lassen, durch Zölle und Quoten ihre Märkte zu schützen, können sie ihre  
heimische  
96 Wirtschaft aufbauen. Im Moment aber stoßen wir dem globalen Süden die Leiter weg,  
auf der  
97 wir selbst unser heutiges Entwicklungsniveau erklommen haben. Subventionierte  
Importe aus  
98 Europa können ganze Branchen in Entwicklungsländern zerstören. So hat zum Beispiel  
der  
99 europäische Export von Milchpulver, Tomaten oder Hähnchenteilen die heimische  
Produktion in  
100 Westafrika verdrängt. Die bestehenden Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den  
Ländern  
101 Afrikas, der Karibik und des Pazifik sind nicht fair. Die EU sollte für Entwicklungsländer  
102 Zölle auf verarbeitete Produkte senken, damit diese ihre Wirtschaften breiter aufstellen  
und  
103 mehr Gewinn im Land halten können. Das schafft vor Ort Perspektiven jenseits von  
104 Günstlingswirtschaft, Korruption oder der gefährlichen Flucht nach Europa.

105 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns.  
Die  
106 europäischen Staaten haben beschlossen, die Verantwortung und Sorgfaltspflichten  
verbindlich  
107 zu regeln. Das ist ein hoffnungsvoller Schritt, doch es kann nicht der letzte sein. Die  
108 gesamte Lieferkette muss gesetzlich verbindlich offengelegt werden.  
Selbstverpflichtungen  
109 von Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und  
reichen  
110 nicht aus. Um fair produzierten Produkten aus der Nische zu helfen, fordern wir Grünen  
eine  
111 bessere Kennzeichnung. So soll für Kundinnen und Kunden sofort erkennbar sein,  
welches  
112 Produkt echte Entwicklungschancen schafft.

**113 Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**114

---

**115 Neustart für faire Handelsabkommen**

116 Handelsabkommen, die anders als TTIP und CETA, transparent verhandelt wurden und  
an  
117 sozialen, ökologischen und menschenrechtlichen Kriterien ausgerichtet sind, können  
eine  
118 gerechte Globalisierung fördern. Sie sollten Umwelt-, Verbraucher- und Datenschutz  
sowie  
119 Arbeitsnormen international sichern. Wir fordern, das Vorsorgeprinzip in allen  
120 Handelsverträgen zu verankern, und dabei kommunale Daseinsvorsorge, öffentliche  
und soziale  
121 Dienstleistungen sowie Kultur auszunehmen. Statt Klageprivilegien für Konzerne fordern  
wir  
122 einen ständigen Handelsgerichtshof unter dem Dach der Vereinten Nationen. Er soll auf  
  
123 völkerrechtliche Verpflichtungen sowie die ILO-Kernarbeitsnormen achten. Wir wollen  
124 multilaterale Verhandlungen im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) wieder  
stärken.

125

---

**126 Lieferketten offenlegen für mehr Transparenz**

127 Auch Unternehmen sind verantwortlich für die gesellschaftlichen Folgen ihres Handelns.  
  
128 Lieferketten müssen gesetzlich verbindlich offengelegt werden. Selbstverpflichtungen  
von  
129 Unternehmen wie im „Textilbündnis“ der Großen Koalition sind oft wirkungslos und  
reichen  
130 nicht aus. Wir wollen Opfern von Menschenrechtsverletzungen, die durch Unternehmen  
131 verursacht wurden, zivilrechtliche Klagemöglichkeiten eröffnen. Beim Verstoß gegen  
diese  
132 Sorgfaltspflichten drohen den Unternehmen Sanktionen.

133

---

**134 Hunger bekämpfen - Exzessive Spekulation mit Nahrungsmitteln eindämmen**

135  
136 Noch immer hungern weltweit etwa 800 Millionen Menschen, die meisten davon in  
Südasien und  
137 Afrika. Für die Ärmsten der Armen wird der Preis von Nahrungsmitteln schnell zur  
138 Überlebensfrage. Doch Spekulationen mit Nahrungsmitteln führen zu Hunger und Leid.  
Das  
139 wollen wir eindämmen. Dazu begrenzen wir die Menge, die ein einzelner Akteur von  
einem  
140 Produkt am Markt kaufen darf. Um dem Hunger in der Welt wirksam zu begegnen,  
setzen wir uns  
141 weiterhin ein für eine dezentrale Landwirtschaft, die agrarökologische Prinzipien in den

- 142 Vordergrund stellt. Sie gewährleistet die wirtschaftliche Unabhängigkeit der Bäuerinnen  
und  
143 Bauern, schützt die Biodiversität und unterstützt die regionalen Wirtschaftskreisläufe.

144

---